

Untrending Frauenhass - Feministische Bildung ausbauen, Antifeminismus in der Schule wirksam bekämpfen

Landtag von Sachsen-Anhalt

Drucksache: 8/6645 | Datum: 2026-02-24 | Fraktion(en): GRÜNE | GWÖ-Score: 9.0/10

[++] Empfehlung: Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag im Überblick

Der Antrag fordert die systematische Verankerung feministischer Bildung in sachsen-anhaltischen Schulen zur Bekämpfung von Antifeminismus als Brückenideologie zu Rechtsextremismus und Islamismus – mit konkreten Maßnahmen in Lehrplänen, Fortbildung und Beratungsinfrastruktur.

- Verankerung feministischer Bildung in Lehrplänen aller relevanten Fächer
- Thematisierung von Misogynie, Social-Media-Radikalisierung und geschlechtsspezifischer Gewalt
- Fortbildung und Beratungsinfrastruktur für Schulpersonal

GWÖ-Treue

Score: 9.0/10

Begründung: Der Antrag stärkt systematisch Menschenwürde (D1), Solidarität (D2), soziale Gerechtigkeit (D4) und Transparenz & Mitbestimmung (D5) durch feministische Bildung als demokratische Grundlage. Er adressiert Geschlechtergerechtigkeit als zentrales Gemeinwohlziel und verankert Prävention, Partizipation und strukturelle Empowerment-Maßnahmen – insbesondere für marginalisierte Gruppen. Kein Feld widerspricht GWÖ-Werten; alle Berührungsgruppen A-E werden positiv berührt, vor allem D (Bürger:innen und Wirtschaft) und C (Politische Führung, Verwaltung, Ehrenamtliche) durch Fortbildung und Ressourcenausstattung.

Schwerpunkte: D1, D4, D5, B4

Matrix-Zuordnung (Matrix 2.0 für Gemeinden)

	1	2	3	4	5
A: Lieferant:innen	++				
B: Finanzen				++	
C: Führung/Verwaltung			○		

	1	2	3	4	5
D: Bürger:innen	++	++		++	++
E: Gesellschaft/Natur		++			

Legende: ++ stark fördernd, + fördernd, ○ neutral, – widersprechend, -- stark widersprechend

Berührte Themenfelder

- **D1:** Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt, Anerkennung von Vielfalt, Selbstbestimmung [++]
- **D2:** Förderung kollektiver Resilienz gegen Antifeminismus, Brückenbildung zwischen Geschlechtern und Identitäten [++]
- **D4:** Gleichstellung als Voraussetzung für faire Teilhabe, Bekämpfung struktureller Diskriminierung [++]
- **D5:** Demokratiepädagogik, kritische Medienkompetenz, partizipative Methoden in Schulen [++]
- **C3:** Nicht thematisch berührt [○]
- **A1:** Verankerung von Gender- und Antidiskriminierungsstandards in Lehrmaterialbeschaffung und Fortbildungsanbietern [++]
- **B4:** Kostenfreie Beratungsstrukturen, finanzielle Ausstattung – klare gemeinwohlorientierte Haushaltssteuerung [++]
- **E2:** Antifeminismus als Brückennideologie zu Rechtsextremismus und Islamismus – gesellschaftsweite Verantwortung [++]

Programmtreue

GRÜNE (Antragsteller)

Wahlprogramm: 10.0/10 — Der Antrag spiegelt Kernforderungen des GRÜNEN Wahlprogramms Sachsen-Anhalt 2021 exakt wider: Prävention von Gewalt gegen Frauen/trans*/intergeschlechtliche Personen ab dem Kindesalter (S. 144), Anti-Mobbing- und Demokratiepädagogik an allen Schulen (S. 116), sowie die Verankerung von Geschlechtervielfalt und Gerechtigkeit im Bildungssystem.

Parteiprogramm: 10.0/10 — Vollständige Übereinstimmung mit dem Grundsatzprogramm 2020: Gerechtigkeit als sozial-ökologische Transformation (S. 57), Demokratie als lebendige Partizipation (S. 57), und Anerkennung von Vielfalt als Grundbedingung für Freiheit und Selbstbestimmung (S. 57, 82).

CDU

Wahlprogramm: 6.0/10 — Teilweise kompatibel: CDU fordert Schutz vor sexualisierter Gewalt (S. 56–57) und Stärkung des Kinder- und Jugendbeauftragten – aber ohne expliziten feministischen oder antifaschistischen Rahmen. Fehlende Verbindung zu Antifeminismus als Radikalisierungsbrücke und fehlende Betonung von Geschlechtervielfalt reduzieren die Übereinstimmung.

Parteiprogramm: 5.0/10 — CDU-Grundsatzprogramm betont christlich-demokratisches Menschenbild und Schöpfungsverantwortung, aber nicht Geschlechtergerechtigkeit als Strukturfrage. Subsidiarität und Familienförderung

stehen im Vordergrund – feministische Bildung als systemische Demokratiebildung bleibt unerwähnt.

SPD

Wahlprogramm: 8.0/10 — Hohe Übereinstimmung: SPD fordert politische Bildung, Schulsozialarbeit, Demokratie leben durch Mitentscheiden (S. 30, 39) und bekämpft jede Form von Gewalt als Angriff auf die solidarische Bürgergesellschaft (S. 37). Der Antrag konkretisiert diese Ziele genderreflektiert und radikalisierungskritisch.

Parteiprogramm: 8.0/10 — Hamburger Programm verankert Gerechtigkeit, Solidarität und Nachhaltigkeit als Grundwerte (S. 37, 63); Geschlechtergerechtigkeit wird als Teil der sozialen Gerechtigkeit verstanden. Allerdings fehlt im Hamburger Programm die explizite Verknüpfung von Antifeminismus und autoritären Radikalisierungsprozessen.

FDP

Wahlprogramm: 4.0/10 — FDP betont Null-Toleranz gegenüber Extremismus (S. 28) und fördert politische Bildung – aber ausschließlich unter dem Vorbehalt individueller Freiheit und ohne geschlechtsspezifische Analyse. Feministische Bildung als strukturelle Intervention widerspricht ihrem liberalen Individualismus und ihrer Skepsis gegenüber „staatlicher Wertevermittlung“.

Parteiprogramm: 3.0/10 — FDP-Grundsatzprogramm (2012) definiert Freiheit als höchsten Wert und lehnt staatliche Wertevermittlung ab (S. 12). Feministische Bildung als strukturelle Kritik an Machtverhältnissen wird als Eingriff in individuelle Autonomie wahrgenommen – grundlegender programmatischer Dissens.

Verbesserungsvorschläge

Original:

in den Lehrplänen der weiterführenden Schulen fächerübergreifend aber insbesondere in den Fächern Deutsch, Geschichte, Sozialkunde, Ethik, Religion und der Fremdsprachen feministische Bildung stärker zu verankern.

Vorschlag:

in den Lehrplänen **aller** Schulformen – inklusive Grundschulen und Förderschulen – fächerübergreifend **und verbindlich** feministische Bildung zu verankern, **unter Einbezug von gendersensibler Sprachbildung, intersektionaler Analyse und partizipativer Methoden.**

Erweitert die GWÖ-Berührung auf Gruppe D (alle Bürger:innen) und stärkt Menschenwürde (D1) und soziale Gerechtigkeit (D4) durch frühe, inklusive und strukturelle Zugänge – entspricht GRÜNEM Wahlprogramm S. 144 ('bereits in der Kindertagesstätte und in der Schule').

Original:

Beratungsstrukturen für feministische Bildung sowie zur Prävention und zum Umgang mit Sexismus, Frauenhass, Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus auszubauen und den Schulen kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Vorschlag:

Beratungsstrukturen **mit festen, kommunal verankerten Fachstellen für Geschlechtergerechtigkeit und Demokratiebildung** auszubauen, ****die auch externe Akteure (z. B. Frauenhäuser, LSBTIQ*-Beratungsstellen, Jugendeinrichtungen) einbinden**** und den Schulen kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Stärkt Solidarität (D2) und Transparenz & Mitbestimmung (D5) durch Vernetzung und Ko-Kreation – entspricht GWÖ-Matrixfeld A1 (Ausgelagerte Betriebe) und E2 (gesellschaftsweite Verantwortung).

Original:

in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften, Schulsozialarbeiter*innen, pädagogischen Mitarbeiter*innen und Unterrichtshilfen die feministische Bildung sowie Themen zur Bekämpfung von Sexismus, Frauenhass, Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus zu verankern.

Vorschlag:

in der Aus-, Fort- und Weiterbildung **verbindlich intersektionale Kompetenzen zu verankern**, insbesondere zu **Rassismus, ableism, Queer- und Transfeindlichkeit sowie deren Verflechtung mit Antifeminismus**, und **eine landesweite Qualifizierungsinitiative für geschlechterreflektierte Schulentwicklung** einzurichten.

Vermeidet Reduktion auf binäre Geschlechterlogik und stärkt Menschenwürde (D1), Solidarität (D2) und soziale Gerechtigkeit (D4) durch intersektionale Perspektive – entspricht GRÜNEM Grundsatzprogramm S. 57 ('Gleichberechtigung bedeutet nicht nur, aber auch mehr Frauen in Führungspositionen') und S. 82 ('Ein humaner Strafvollzug ist Prüfstein für ein demokratisches Gemeinwesen').

Zusammenfassung

Stärken

- klare Verankerung von feministischer Bildung als Demokratiebildung
- konsequente Verknüpfung von Antifeminismus mit Rechtsextremismus und Islamismus als Radikalisierungsbrücke
- praxisorientierte Maßnahmen (Fortbildung, Beratung, Lehrplan)
- starke Bezüge zu digitalen Räumen und Social Media

Schwächen

- keine explizite Berücksichtigung von intersektionalen Diskriminierungsformen (z. B. Rassismus, Ableism) im Haupttext
- Fokus auf weiterführende Schulen – Grundschule und Förderschulen bleiben ausgeklammert
- keine konkrete Finanzierungs- oder Umsetzungszeitlinie

Original-Antrag

Drucksache 8/6645

Untrending Frauenhass - Feministische Bildung ausbauen, Antifeminismus i-

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.



Antrag

—

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Untrending Frauenhass - Feministische Bildung ausbauen, Antifeminismus in der Schule wirksam bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Antifeminismus als zentrale Denkweise und Ideologie im Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sowie Islamismus stellt eine ernsthafte Gefahr für unsere Demokratie dar. Antifeminismus ebenso wie Islamfeindlichkeit fungieren als Brückenideologien, die genutzt werden, um (junge) Menschen für rechtsextreme und autoritäre Einstellungen zu gewinnen. Mit dem Erstarken rechtsextremer Einstellungen in der Gesellschaft nehmen auch Frauenfeindlichkeit sowie Gewalt gegen Frauen zu. Gleichzeitig ist Antifeminismus auch in der Ideologie des Islamismus ein zentrales Element, das zur Mobilisierung und Radikalisierung junger Menschen, insbesondere junger Männer, instrumentalisiert wird.

Antifeminismus ist dabei kein Randphänomen, sondern in unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus anschlussfähig. Er richtet sich gegen Gleichstellung und Selbstbestimmung und zielt insbesondere auf die Abwertung von Frauen sowie feministischer Anliegen insgesamt. Antifeminismus ist eng verwoben mit Sexismus und Misogynie sowie mit Queer- und Transfeindlichkeit und kann als ideologische „Brücke“ in Radikalisierungsprozessen wirken. Gerade in digitalen Räumen werden diese Narrative häufig über scheinbar unpolitische Lifestyle-Formate, Rollenbilder und Trendinhalte verbreitet, normalisiert und verstärkt.

Schulen müssen Kinder und Jugendliche daher befähigen, solche Deutungsmuster zu erkennen, kritisch zu hinterfragen und ihnen wertgebunden im Sinne von Gleichberechtigung und Menschenwürde zu begegnen. Schulen sind zentrale Orte demokratischer Sozialisation. Feministische Bildung ist deshalb ein unverzichtbarer Bestandteil einer zeitgemäßen Demokratie- und Menschenrechtsbildung.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. in den Lehrplänen der weiterführenden Schulen fächerübergreifend aber insbesondere in den Fächern Deutsch, Geschichte, Sozialkunde, Ethik, Religion und der Fremdsprachen feministische Bildung stärker zu verankern. Dabei sollen unter anderem:
 - die Geschichte und Erfolge der deutschen und internationalen Frauenrechtsbewegung,
 - Errungenschaften und Leistungen von Frauen in Geschichte, Wissenschaft, Forschung, Wirtschaft, Technik, Kultur, Literatur, Politik und Gesellschaft,
 - Geschlechtergerechtigkeit, Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter,
 - Geschlechterstereotype und deren Folgen für das Individuum und die Gesellschaft, thematisiert werden;
2. in den Lehrplänen der weiterführenden Schulen fächerübergreifend aber insbesondere in den Fächern Deutsch, Geschichte, Sozialkunde, Ethik, Religion und der Fremdsprachen Themen zur Bekämpfung von Sexismus, Frauenhass, Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus zu verankern. Dabei sollen unter anderem:
 - die Entstehung und Effekte von Misogynie, Sexismus und Antifeminismus,
 - die Prävention und Auswirkungen von geschlechtsspezifischer Gewalt,
 - der Einfluss von Social Media auf die Verbreitung von Antifeminismus thematisiert werden;
3. in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften, Schulsozialarbeiter*innen, pädagogischen Mitarbeiter*innen und Unterrichtshilfen die feministische Bildung sowie Themen zur Bekämpfung von Sexismus, Frauenhass, Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus zu verankern. Dabei soll auch das Thema Darstellung von Frauenhass und Sexismus in den Sozialen Medien thematisiert werden. Ebenfalls soll das Schulpersonal darin geschult werden, wie sie misogynen und sexistischen Aussagen und Handlungen in der Schule begegnen können zum Beispiel mit Argumentationstrainings;
4. Beratungsstrukturen für feministische Bildung sowie zur Prävention und zum Umgang mit Sexismus, Frauenhass, Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus auszubauen und den Schulen kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Die Beratungsangebote sind dafür finanziell entsprechend auszustatten.

Begründung

Feministische Bildung ist ein pädagogischer Ansatz, der Gleichberechtigung und Menschenwürde zum Maßstab macht. Sie befähigt Schüler*innen, Geschlechterrollen und Machtver-

hältnisse als gesellschaftlich geprägt zu verstehen, Stereotype kritisch zu prüfen und die Vielfalt von Geschlecht und Lebensentwürfen anzuerkennen. Ziel ist eine freie Entfaltung aller Kinder und Jugendlichen, verbunden mit Schutz vor Rollenzwang, Sexismus und Diskriminierung. Antifeminismus richtet sich als politische Haltung bzw. Bewegung gegen den Kampf für geschlechtliche Gleichberechtigung und feministische Emanzipationsbestrebungen. Er steht in enger Verbindung zu Sexismus und Misogynie, deren Rollenzuschreibungen und Abwertung von Frauen häufig als Nährboden für antifeministische Mobilisierung wirken.

Antifeminismus berührt zentrale demokratische Grundwerte. Er zielt darauf, Gleichstellung als illegitim darzustellen und gesellschaftliche Hierarchien zu stabilisieren. Wissenschaftliche Analysen verorten Antifeminismus in enger Beziehung zu autoritären Einstellungen und Ideologien der Ungleichwertigkeit - Weltbildern, die Menschen nach vermeintlicher „Natürlichkeit“ oder „Wertigkeit“ ordnen und Abwertung normalisieren. Solche Dynamiken schwächen die demokratische Kultur, indem Empathie, Gleichwertigkeit und Teilhabe unter Druck geraten. Sie begünstigen ein Klima, in dem sexistische Abwertung und geschlechtsspezifische Gewalt gesellschaftliche Akzeptanz finden.

Antifeministische Narrative entfalten eine starke Wirkung in digitalen Räumen und verbreiten sich über unterschiedliche Formate, darunter auch scheinbar unpolitische Lifestyle-Inhalte, die traditionelle Rollenbilder idealisieren und Gleichstellung abwerten. Schule übernimmt hier eine Schlüsselrolle in Prävention und Demokratiebildung: Sie vermittelt Werte, stärkt Konfliktfähigkeit und baut Medienkompetenz auf, damit Vielfalt als Stärke gelebt wird. Feministische Bildung schafft Wissen und Orientierung, indem sie die Geschichte von Frauenrechten, Leistungen von Frauen sowie Gleichstellung als demokratisches Prinzip sichtbar macht, und sie stärkt Handlungskompetenzen, etwa beim Erkennen von Stereotypen, beim Achten von Grenzen, beim respektvollen Streiten und beim Unterstützen Betroffener. Verlässliche Fortbildungen, praxistaugliche Methoden zur Einordnung digitaler Inhalte und kostenfreie Beratungsstrukturen stärken Schulen in Prävention und im konsequenten, betroffenenorientierten Umgang mit Vorfällen und fördern so Gleichberechtigung, Schutz und demokratische Resilienz in Sachsen-Anhalt.

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitz